

Indiskretionen: Caroni will durchgreifen

Bei heiklen Personalfragen sollen Parlamentarier überwacht und der Quellenschutz von Journalisten ausgehebelt werden.

Nina Fargahi

Erneut fällt die Gerichtskommission des Parlaments mit Schlagzeilen auf. Die Suche nach einem Bundesanwalt ist seit längerem schwierig; immer wieder finden vertrauliche Informationen oder Interna aus dem Parlament den Weg in die Öffentlichkeit. Dieses Mal ist es Kommissionspräsident Andrea Caroni (FDP/AR), der kein Blatt vor den Mund nimmt. «Mindestens jemand in dieser Kommission, und ich sage es fadengerade heraus, ist hochgradig kriminell», so Ständerat Caroni in der «Samstagsrundschau» von Radio SRF. Auf Nachfrage verweist er auf die Strafanzeige gegen unbekannt, welche die Gerichtskommission (GK) im Dezember eingereicht hat. Das Kommissionsprotokoll sowie vertrauliche Informationen über die Kandidaten und Beratungen seien den Medien zugänglich worden, begründet die GK diesen Schritt.

«Man muss das Kommissionsgeheimnis überdenken», sagt Caroni auf Anfrage. Entweder mache man alles transparent, oder man gebe der Staatsanwaltschaft die entsprechenden Mittel an die Hand, um solche Fälle zu ahnden. Das heisst, man müsste die parlamentarische Immunität aufhe-



Ständerat Caroni nimmt kein Blatt vor den Mund.

Bild: Keystone

ben? «Das kann man heute schon, viel schwieriger sind die fehlenden Zwangsmittel und der Quellenschutz.» Der FDP-Ständerat ist deshalb sogar bereit, an Tabus zu rütteln. Insbesondere bei Personalfragen, wo höchst-

persönliche Daten im Spiel seien, fordert Caroni schärfere Massnahmen, wie er erklärt: zum Beispiel die Telefonüberwachung von Parlamentariern oder die Aufhebung des Quellenschutzes bei Medienschaffenden.

Denn: «So wie die Sache jetzt läuft, ist es inkonsequent.»

Tatsächlich ist die Suche nach einem Bundesanwalt ein Fiasko in drei Akten. Zum dritten Mal wird die Stelle für einen Bundesanwalt ausgeschrieben.

Die NZZ verglich Caronis Kommission mit der Casting-Show «Germany's Next Topmodel», bei der man «das unwürdige Spektakel mit einer Mischung aus Faszination und Schaudern» verfolgen und sich frage: Wer zum

Teufel meldet sich bloss zu einem solchen Spiel an? Und tatsächlich, auf eine entsprechende Anfrage schreibt etwa Philipp Umbricht, der leitende Oberstaatsanwalt des Kantons Aargau: «Ganz vereinfacht ausgedrückt: es passt nicht für mich.»

Auf der Suche nach einem Übermenschen

Das Amt sei «offenbar für viele erschreckend unattraktiv», bilanziert Caroni. «Einen Übermenschen findet man schwer.» Er schlägt deshalb ein Dreier-Gremium vor, um Last und Verantwortung verteilen zu können. Auch politisch sei ein Dreier-Gremium viel eher wählbar. Sein Kommissionskollege von den Grünen, der Glarner Ständerat Mathias Zopfi, findet die Wortwahl von Caroni in der «Samstagsrundschau» zwar scharf, aber inhaltlich sei er mit ihm einig: «Hier geht es um sensible persönliche Informationen von Kandidaten», sagt er. In so einem Fall sei die Verletzung des Kommissionsgeheimnisses besonders problematisch.

Ist die GK in ihrer aktuellen Zusammensetzung überhaupt noch haltbar? «Wir brauchen keine neue Zusammensetzung, sondern ein gemeinsames Verständnis darüber, was unsere Rolle ist», sagt Zopfi.

Beim Wolf geht es nicht vorwärts – zum Ärger der Hirten

Nach dem Nein zum Jagdgesetz ist keine Lösung in Sicht. In Graubünden und im Wallis sorgt das für Unmut.

Es ist noch nicht lange her, dass das Land darüber stritt, wie es weitergehen soll mit dem Wolf. Doch nach dem knappen Nein zum Jagdgesetz verschwand das Thema rasch aus der öffentlichen Debatte.

Im Bündnerland aber ist der Wolf stets auf der Agenda geblieben, gerade in Gebieten wie der Surselva, wo er sich häufig zeigt – zuletzt sogar auf einer Skipiste. Über 80 Prozent der Stimmbewohner hatten dort Ja gesagt zur Gesetzesrevision, die einen präventiven Abschluss von Wolfsrudeln ermöglicht und mehr Macht für die Kantone gebracht hätte.

Nach dem Nein, sagt Christa Buchli, war da zuerst eine Schockstarre. Doch in den letzten Wochen, so die Präsidentin des Bündner Äpler-Vereins, wachse in den Tälern des Bergkantons die Unruhe – auch, weil der Alpsommer näher rückt.

«Wir stellen uns auf einen harten Sommer ein», sagt Buchli, «denn während die Wolfspopulation weiter wächst, wurde nichts gemacht, um unsere Probleme zu lösen.» Buchli hatte gehofft, dass die Politik hält, was sie am Abstimmungswochenende versprochen. Von einer raschen Neuaufgabe war die Rede, die für den Wolf mehr Handlungsspielraum biete.

Nun, sagt die Hirtin aus dem Safiental, sei man doch vergessen gegangen, allen Versprechungen zum Trotz. Buchli hat



Wie weiter mit dem Wolf? Das Parlament findet sich in der Frage nicht.

Bild: Getty Images

das Anfang Jahr auch in einem Brief an Bundesrätin Simonetta Sommaruga kundgetan.

Allerdings liegt der Ball gerade nicht bei der Umweltministerin und den Behörden in Bern. Sondern beim Parlament. Und dieses hat in den letzten Monaten wenig zustande gebracht. Zu verhärtet sind die Fronten nach

dem intensiven Abstimmungskampf noch, zu tief gerade im Lager der Verlierer die Wunden nach dem knappen Nein.

Illustrieren lässt sich das am besten an einem Lösungsversuch, den die Sieger vom Herbst in der nationalrätlichen Umweltkommission lanciert hatten. Mit einer parlamentarischen

Initiative wollten sie eine neue Revision lancieren. Doch diesem Plan erteilte die Schwesterkommission im Ständerat im Januar vorerst eine Absage. Es sei nach der emotional geführten Auseinandersetzung noch verfrüht, einen neuen Anlauf für eine Revision zu starten. Die Schuld dafür, dass es nicht vor-

wärtsgeht, schieben beiden Seiten der jeweils anderen zu. So sagt etwa Ständerat Daniel Jositsch (SP/ZH), der sich für die Nein-Kampagne eingesetzt hatte, dass man trotz des Siegs Gesprächsbereit sei – das zeige auch die parlamentarische Initiative. «Doch das wird nun von der Gegenseite blockiert», so der SP-Politiker. Beat Rieder, als Walliser Ständerat ein Vorkämpfer für das neue Jagdgesetz, bezeichnet ebendiese Initiative als «Feigenblatt».

Was bekommen die Umweltverbände?

Im Kern dreht sich der Konflikt um zwei Fragen. Wie weit kommen die siegreichen Umweltverbände den Bergkantonen beim Wolf entgegen? Und was bekommen sie dafür? Urs Leugger-Eggimann ist Zentralsekretär von Pro Natura. Er sagt, man sei bereit, über präventive Regulierung von Wolfsrudeln zu diskutieren – aber nur, solange die regionalen Bestände gesichert seien. Eine gleichzeitige Machtverlagerung an die Kantone ist für ihn nach dem Volksnein «vom Tisch». Im Gegenzug fordert Leugger-Eggimann einen Ausbau des Artenschutzes – etwa bei Feldhasen oder Waldschnepfen. Zudem soll die Biodiversität gestärkt werden, beispielsweise mit Geld für Wildtierkorridore.

Beat Rieder sagt derweil, man könne gerne über einen

Ausbau des Artenschutzes reden. Dies sei während der gesamten Gesetzesberatung nie ein Thema gewesen. Es brauche aber für die Wolfsregulierung ein «proaktives System, das präventive Eingriffe in stark steigende Populationen ermöglicht und den Kantonen das letzte Wort gibt». Der Walliser sagt, die Zeit werde für jene arbeiten, die ein schärferes Regime fordern. «Die Wölfe breiten sich flächendeckend aus, der Problemdruck steigt, und dann werden auch die Umweltverbände und die Kantone im Unterland einsehen, dass wir mit dem Grossraubtieren anders umgehen müssen», so Rieder.

Es wird in Bern also auf Zeit gespielt. Durchwinken werden die Räte in der anstehenden Frühlingssession eine Motion, die heute im Nationalrat behandelt wird und vom Bundesrat fordert, den Handlungsspielraum im aktuellen Jagdgesetz mit Änderungen auf der Verordnungsebene auszunutzen. Das Parlament spielt den Ball also weiter zum Bund. Doch viel Handlungsspielraum bietet sich dem nicht, zumal es im Wesen von Verordnungen liegt, das Gesetz auszuloten. Oder, wie Rechtsprofessor und Ständerat Daniel Jositsch es formuliert: «Das ist etwa das Gleiche, wie die Medien aufzufordern, über Politik zu berichten».

Dominic Wirth